

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**



# Missbrauch des Grundgesetzes zum uferlosen Schuldenmachen

Rechtsverstöße werden nicht dadurch geheilt, dass man sie nur wenige Monate später NOCHMALIS begeht. Im nunmehr DRITTEN Haushalt reißt die Koalition auch 2021 die Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz und rechtfertigt dies mit einer Notsituation. **Das Covid19-Problem kann aber per Definition nicht über JAHRE anhalten.**

**Gerichte müssen gelegentlich auch MEHRHEITSvoten eines Parlaments prüfen, wenn dieses seine Befugnisse missbraucht!**

1. Die Regierung will **180 Milliarden Euro** neue Schulden aufnehmen. Die gemäß Schuldenbremse zulässige Kreditaufnahme wird somit um **164 Milliarden Euro** überschritten.

2. Kreditfinanzierte Rücklagenbildung über mehrere Jahre ist verboten.

Und Ähnliches passiert im Haushalt 2021, indem Rücklagen sogar nochmals VERSTÄRKT werden. Ein Verstoß gegen das Jährlichkeitsgebot nach Art. 110 GG und § 4 BHO.

3. GESPART wird im Haushalt an keiner Stelle. Und viele der Programme stehen gar nicht in VERANLASSUNGS-Zusammenhang mit Corona.

Dies wäre aber natürlich VORAUSSETZUNG für die Inanspruchnahme der AUSNAHME-Verschuldenregel des Grundgesetzes!

**Eine durch eine NOTSITUATION begründete Schuldenaufnahme darf nicht zur Umset-**

**zung für eine Politik genutzt werden, die OHNEHIN und UNABHÄNGIG von der Notsituation verfolgt werden soll.**

4. **Das von der Koalition seit Monaten vorge-tragene Narrativ, wonach nur entschiedenes staatliches Handeln zur Begrenzung der Krankheitsfälle geführt hat, ist weiterhin VÖLLIG UNBELEG!**

Die Voraussetzungen gem. Art. 115 für die Inanspruchnahme der Schulden-Sonderregel ist 2021 NICHT mehr gegeben!

Der WAHRE Grund: **Nur so kann Minister Scholz die Lockdown-Folgen noch bis zur Bundestagswahl abfedern. Das Grundgesetz wird missbraucht zum uferlosen Schuldenmachen!**

Darum müssen wir von der AfD nun eine Linie einziehen – es ist verfassungsrechtlich und ökonomisch geboten: Falls die Kollegen anderer Parteien das ANDERS sehen, **fordere ich sie als gute Rechtsstaatler auf: bringen sie bitte den Casus zur Klärung nach Karlsruhe.** Wenn sie sich ihrer Sache so sicher sind, dann haben sie dort ja nichts zu verlieren.

Vollständige Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 11.2.2021:

<https://www.pboehringer.de/missbrauch-des-grundgesetzes-zum-uferlosen-schuldenmachen/>

**Peter Boehringer, MdB**

Wahlkreis 232: Amberg

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@

[peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/PeterBoehringerCom/)



## Alternative zu Schwarz-Grün

In der dritten Plenarwoche des Jahres konnte ich zwei meiner Anträge zum dringend erforderlichen Waldumbau im Landwirtschaftsausschuss präsentieren. Beide Anträge wurden von den Altparteien abgelehnt. Sachliche Argumente wurden nicht vorgebracht, dafür eine Menge Floskeln aus dem ideologischen Gruselkabinett. Wir sind offensichtlich bereits im Vorwahlkampf.

Am Donnerstag standen die ersten Beratungen zu den Mandatsverlängerungen für Bundeswehreinätze im Sudan und im Mittelmeer auf dem Programm. Wir werden den Einsatz im Sudan unterstützen und der Mandatsverlängerung zustimmen. Die kleine Mission leistet vor allem technische Hilfe bei der Versorgung der Bevölkerung. Der Einsatz im Mittelmeer (Sea Guardian) ist von der Konzeption her ein sinnloser Einsatz mit unklarer Auftragslage. Sea Guardian soll die Infiltration

von Terroristen nach Europa verhindern. In fast 20 Jahren sind jedoch keine Waffen oder Terroristen gefunden worden. Deshalb fordern wir hier eine Beendigung des Einsatzes.

Als AfD-Bundestagsfraktion haben wir einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes eingebracht.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stattgefundenen massenhaften Immigration in die BRD müssen wir die Bedingungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft dringend verschärfen.

Ausländer, die kriminell bzw. verfassungsfeindlich aufgefallen sind, dürfen zukünftig überhaupt nicht eingebürgert werden. Die Einbürgerung von Islamisten muss verhindert werden!

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/265/1926546.pdf>

### Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

# AfD wirkt – Schulen und Kitas dürfen sofort wieder öffnen!

In der kürzlichen Regierungsbefragung konnten wir Mitglieder im Familienausschuss der Ministerin Franziska Giffey öffentlich abringen, dass neben den Ministerpräsidenten auch die Bundesministerin bei der Kanzlerin vorstellig wird. „Schulen, Kitas und andere Betreuungseinrichtungen sollen zuerst wieder aufmachen“. Merkel musste schließlich noch vor der letzten – nicht vom Grundgesetz legitimierten – Ministerpräsidentenkonferenz einlenken. Selbst das Kanzleramt wertete dies gegenüber BILD als Niederlage. Dass Schulen und Kitas sofort geöffnet werden müssen, muss nun in Bayern Ministerpräsident Söder eingetrichtert werden, ist generell aber längst überfällig. Eine Studie der Hamburger Universitätsklinik zeigt, dass infolge des Lockdowns jedes dritte Kind psychisch auffällig geworden ist. 70 Prozent der befragten Kinder empfinden eine "geminderte Lebensqualität", 85 Prozent geben an, die derzeitige Situation als "ziemlich oder äußerst belastend" zu empfinden. Hinzu kommt eine Verschlechterung des Gesundheitsverhaltens. Gerade für Familien mit niedrigen Einkommen ist eine sofortige Öffnung zum Regelunterricht angesichts der doppelten Belastung von Homeschooling und Homeoffice die einzige Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Leider wurde das Recht der Kinder auf Bildung durch den Lockdown umgekehrt zum Schutz vor Kindern. Unsere Kleinsten wurden von der Bundesregierung und einigen von ihr gekauften Wissenschaftlern in politisch gewünschten Horrorszenarien zu Virenschleudern degradiert und es wurde ihnen eingeredet, ihre eigenen Großeltern in das Grab zu bringen, um im Auftrag des Innenministeriums wörtlich die „Urängste des Menschen zu wecken“. Es wird hier deutlich: Das Einzige, was eine Regierung braucht, um Menschen gefügig zu machen, ist Angst. Dabei forderten selbst vom Familienministerium in Auftrag gegebene Studien die Bundesregierung zu einer sofortigen Umkehr auf: Nach der Corona-KiTa-Studie vom Deutschen Jugendinstitut tragen Kinder erwiesenermaßen nicht übermäßig zum Infektionsgeschehen bei. Bundesweite Testergebnisse zeigen vielmehr, dass Kitas und andere Einrichtungen keine Infektionstreiber sind, weil jüngere Kinder insgesamt weniger infektiös als Erwachsene sind und Kinder bei einer Infektion auch seltener Symptome zeigen!

## Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



# Bundesbericht zur Stadtnatur



**Rainer Kraft, MdB**  
**Landesgruppenchef**

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

## Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

 @Dr Rainer Kraft

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

Es gibt Drucksachen, da weiß man gar nicht ob man lachen oder weinen soll. So auch der „Masterplan Stadtnatur“ der Bundesregierung. Ziel dieses Planes soll es sein, ökologische Vielfalt auch in den Städten zu etablieren. Dazu sollen die dort vorhandenen Grünflächen verändert beziehungsweise angepasst werden. Das klingt erst einmal recht positiv. Intakte Natur und eine Vielfalt von Arten sind wünschenswert aber der Teufel steckt dann wieder einmal im Detail.

Für das Anliegen sollen die Flächen nämlich multifunktional genutzt werden. Die bestehenden Parks, Sport- und Freizeitstätten sollen dann zusätzlich zur biologischen Vielfalt noch weitere Leistungen erbringen. Sie sollen Lernräume, Erholung, Sport und Freizeitgestaltung ermöglichen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und mithelfen, den Klimawandel aufzuhalten. Der Anforderungskatalog ist umfangreich und überfrachtet. Betrachtet man nun, wie sich Natur in Städten, im Vergleich zu tatsächlicher Natur manifestiert dann kann man da seine Zweifel bekommen.

Zum einen, weil eine Stadt selbstverständlich keinen natürlichen Lebensraum darstellt. Als Kulturlandschaft ziehen Tiere in Städte, manche sogar sehr erfolgreich, aber artgerecht ist solch ein Leben nicht. Auch muß die Bewertung von Städten als natürlicher Lebensraum hinterfragt werden, die

sich nur an der Anzahl der dort lebenden Tier- und Pflanzenarten orientiert.

Mitteleuropa ist eigentlich arm an Arten. Viele Arten sind durch den Menschen angesiedelt. Daher ist ein reiner Mengenvergleich ungeeignet für das Anliegen.

Was den Verfassern wohl vorschwebt ist eine vom Menschen verwaltete Natur- oder besser Kulturlandschaft. In einer solch organisierten Natur kommen dann in Listen erfasste Tier- und Pflanzenarten vor und sie sichern etliche Arbeitsplätze grün-links orientierter Naturverwalter. Mit unberührter Natur oder biologischer Vielfalt heimischer Arten hat das allerdings wenig zu tun.

Will man nun unberührte Natur, dann ist die Stadt ein schlechter Ort um das zu realisieren. Die Realität zwischen Baulandverdichtung und dem Ordnungsamt ist, dass unberührt und verwildert in den Städten nicht geduldet wird. Außerdem wären solche Kleinbiotope örtlich voneinander zu weit getrennt und daher sehr kleinteilig. Eine vom Menschen organisierte Natur braucht es aber nicht, da Natur ja für all die Arten steht, die nicht auf Listen vorkommen, die nicht gewollt, ansehnlich, hübsch und/oder nützlich sind. Dafür sind unberührte Rückzugsräume in Deutschland einzurichten, nicht unbedingt in den Städten, dafür aber ohne Ordnungsrahmen und Vorgaben wie das auszusehen hat.

# Abwahantrag gegen Merkel statt Misstrauensvotum

Peter Weber vom bürgerlichen Internetkanal „Hallo Meinung“ interviewte mich Anfang Februar zu den grundgesetzwidrigen Aktionen der Bundeskanzlerin, weshalb wir gemeinsam zu der Schlussfolgerung kamen, dass in erster Linie Frau Merkel vom Verfassungsschutz beobachtet gehört. Als Peter Weber fragte, was konkret getan werden kann, um die Regierung Merkel vorzeitig zu beenden, brachte ich ein konstruktives Misstrauensvotum ins Gespräch, das vom Grundgesetz für genau diesen Fall vorgesehen ist. Im Ergebnis schauten sich ca. 1,4 Mio Zuschauer dieses Interview an, nachdem ich wohl einen Nerv getroffen hatte. Entsprechend entwarf ich eine Beschlussvorlage für unsere Bundestagsfraktion. Aufgrund der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages reicht für ein konstruktives Misstrauensvotum die Zahl der AfD-Abgeordneten (88) nicht aus, weil es mindestens 25% aller Abgeordneten des Hohen Hauses (178) sein müssen und uns alle anderen Fraktionen boykottieren. Deshalb habe ich mich mit unserem stv. Bundesvorsitzenden, MdB Stephan Brandner zusammengetan und gemeinsam werden wir den Inhalt des Misstrauensantrag als „normalen“ Abwahantrag gegen die Regierung Merkel einbringen, weil dafür die Abgeordneten unserer Fraktion ausreichen. Das Video mit Hallo-Meinung finden Sie unter: <https://bit.ly/2N6WIDa>

## Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ [hansjoerg.mueller@bundestag.de](mailto:hansjoerg.mueller@bundestag.de)

f /MdB.Mueller



# Schleichwerbung der Bundesregierung in sozialen Netzwerken

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung insgesamt hunderte Millionen Euro für Werbung ausgegeben. Intern wird dies natürlich mit „Darstellung der Tätigkeit nach außen“ umschrieben. Jeder hat vielleicht schon einmal große Plakate am Bahnhof gesehen, die über irgendein Projekt mäßig gelungen „berichten“. Immerhin wird von direkten Wurfsendungen in den Briefkasten abgesehen. Etwas mindestens genauso Übergriffiges verbirgt sich jedoch unter den ausgewiesenen Teilsommen „Onlinewerbung“. Diese beliefen sich in der jetzigen Legislatur mit steigender Tendenz auf 10 bis 20 Millionen pro Jahr. Weitere Untergliederungen der genauen Aktionen sind schwer zu beschaffen, jedoch ist circa 1/3 davon inzwischen auf die sozialen Medien gerichtet. Und während eine neu erstellte Internetseite eines Ministeriums an sich noch in Ordnung ist, wird es bei „social media“ besonders perfide. Denn dort ist alles auf die Vermarktung von Produkten ausgerichtet. Die Bundesregierung betreibt Eigenmarketing. Selbst wenn also ganz regulär auf Facebook oder Youtube/Google ge-

worben wird, ist dies für den „Verbraucher“ kaum nachzuvollziehen. Wer hat nicht schon einmal nach einer Gartenschere gegoogelt und bekommt nun seit Jahren Werbung für Gartenwerkzeuge überall angezeigt? Wenn man jetzt Corona googelt, wie lange bekommt man Werbung des Gesundheitsministeriums? Zum Teil auf ein Geschäftsgeheimnis wird sich dann sogar berufen, wenn es um sog. „Influencer“ geht, also Leute, die für ein gewisses Thema immer wieder Videos schalten (Stichwort: Rezo). Diese bekommen nämlich auch mehrere Hunderttausend Euro pro Jahr für Schleichwerbung! Dort wird dann laut einer beantworteten Anfrage von C-Promis oder z.B. auch Eco Fresh die Meinung gemietet. Bravo ... der Bürger merkt gar nicht, dass hier Regierungsgeld ihm Dinge schmackhaft machen soll. Dies ist für eine Regierung (im Gegensatz zu Parteien) unzulässig, ein entsprechender Antrag an den Bundestag ist von mir über die Fraktion rausgegangen und wird beraten. Man kann gespannt sein.

## Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
  - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



**Martin Sichert, MdB**

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales

 /sichertmartin

 /UCsvkQ3N29K0hqsO1OPD1ioA

 /martinsichert

 /Martin\_Sichert

 t.me/martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

## Fakten zu Corona

Der Bundestag hat 2020 eine Notlage epidemischen Ausmaßes beschlossen. Jetzt soll diese „Notlage“ bis Juni verlängert werden. Seit Monaten überziehen Bundes- und Landesregierungen unser Land auf deren Grundlage mit einem Lockdown – Bürger- und Freiheitsrechte sind seitdem radikal beschränkt worden.

Als Begründung gelten die Todeszahlen und die Zahl der belegten Intensivbetten.

Wenn man sich die Belegung der Intensivstationen ansieht, sieht man, dass diese seit Mai konstant ist. Ebenso die Todesstatistik: Laut Statistischem Bundesamt sind bei den unter 80 jährigen letztes Jahr weniger Menschen gestorben wie 2016, 2017 oder 2018. 2016, 2017 und 2018 sind jeweils 10,4 Prozent der Menschen über 80 gestorben. Letztes Jahr waren es nur 10,2 Prozent.

Sowohl in der Altersgruppe der unter 80-jährigen, als auch der Altersgruppe ab 80 Jahren, gibt es im Vergleich zu 2016, 2017 als auch 2018 eine Untersterblichkeit.

2019 ist ein statistischer Ausreißer: Normalerweise gibt es in jedem Jahr eine Grippewelle mit ent-

sprechenden Toten im Winter und eine Hitzeperiode im Sommer mit ebenfalls einem Anstieg der Todeszahlen. 2019 fehlt beides, es gab keine Grippewelle und auch kaum Hitzetote.

Fakt ist: Wir haben 2020 eine Untersterblichkeit, sowie eine konstante Auslastung der Intensivbetten. Das ist ein eindeutiger Widerspruch zur Aussage, wir befänden uns in einer Pandemie oder gar in einer epidemischen Notlage von nationaler Tragweite, mit der man die Einschränkung der Grundrechte rechtfertigt.

Rein rational gesehen gibt es keine Grundlage für so drastischen Maßnahmen wie einen Lockdown, die statistischen Zahlen geben schlicht keinerlei Anzeichen für eine Pandemie.

In einem Video habe ich die nüchternen Fakten zu Corona analysiert. Schauen Sie sich das Video an und bilden Sie sich Ihre eigene Meinung über Übersterblichkeit und Lockdown: <https://youtu.be/UKJD8gRedYg>

In einer Rede habe ich die Vertreter der Altparteien mit den Zahlen konfrontiert und heftige Reaktionen ausgelöst: <https://youtu.be/h1ABc0Txfrg>



## „European New Green Deal“

# Das Knebel-Jahrzehnt für Autofahrer

Die allerwenigsten Autofahrer wissen, was politisch auf sie zukommt. Das sollten sie aber, um persönlich die richtigen Entscheidungen zu treffen – beim Fahrzeugkauf wie auch politisch. Wenn sich die Brüsseler Planer durchsetzen, kommt auf uns ein hartes Jahrzehnt mit Verboten, Verteuerung und Arbeitslosigkeit zu.

Unter EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen (CDU) boxt Brüssel den sogenannten „European New Green Deal“ für eine öko-sozialistische Transformation der Gesellschaft durch. Planziel ist, die „verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen“ bis 2030 um 55% zu verringern (90% bis 2050).

Dazu sollen u.a. bis 2030 ...

- auf den Straßen der EU 30 Millionen „emissionsfreie“ Pkw fahren
- der Hochgeschwindigkeits-Bahnverkehr verdreifacht werden
- Linienverkehr auf Strecken unter 500 km „klimaneutral“ werden
- Was diese wolkig-wohlklingenden Ziele nicht verraten, ist wie man sie durchdrücken will. Für Autofahrer heißt das:
- Schon 2021 will man für Pkw-Hersteller noch strengere CO2-Normen einführen. Das heißt: hohe Strafen für Hersteller, die viele und große Autos mit Verbrennungsmotor verkaufen. Gerade deutsche Hersteller trifft das hart. Die Strafen werden auf den Verkaufspreis aufgeschlagen – solche Autos

können viele 1000 Euro teurer werden.

Mit der geplanten „Euro 7“-Abgasnorm könnte schon ab 2025 der Verkauf neuer Autos mit Verbrennungsmotor faktisch verboten werden. Allein in Deutschland kann das über 400.000 Arbeitsplätze kosten.

E-Autos werden in den Markt gedrückt. Trotz Subventionen sind sie meist teurer als Benziner oder Diesel. Geringere Reichweite, fehlende Ladeinfrastruktur, drohender Strommangel – die Planer spielen auf Zeit.

- Es kommen Steuererhöhungen, drastisch höhere Spritpreise und vielleicht eine EU-weite Pkw-Maut. E-Auto-Fahrer zahlen keine Mineralölsteuer und für die Subventionen wird viel Geld benötigt!

Politisch gewollt ist eine „Umerziehung der Europäer“: Runter von der Straße, rauf auf die Schiene! Viele werden sich kein Auto mehr leisten können. So sieht das Brüsseler Knebel-Jahrzehnt für Autofahrer aus.

Die AfD-Bundestagsfraktion formuliert Alternativen: Stopp der CO2-Steuer, Technologieoffenheit im Autobau, Verzicht auf die Euro-7-Norm. Zur Stromversorgung soll auch in Zukunft die Kernenergie beitragen – diese kann, wie auch zeitweise überschüssiger Ökostrom, nicht zuletzt der Herstellung synthetischer Kraftstoffe dienen. So sieht eine freiheitliche Zukunft aus!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /W.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)

**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**